Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

6. Legislatur-Periode. 2. Session.

56. Sitzung vom 27. Februar.

Am Tische des Bundesraths: Dr. v. Schelling.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Die Bänke des Hauses sind sehr schwach besetzt.

Die zweite Berathung des von dem Abg. Reichensperger eingebrachten Entwurfs über Wiedereinführung der Berufungsinstanz wird fortgesetzt.

Weimarischer Bundesbevollmächtigter Dr. Heerwart erklärt sich gegen den Entwurf und empfiehlt die Frage der Berufung bei einer eventuellen organischen Revision des Gerichtsverfassungs- und Prozeßrechts zu regeln.

Abg. Reichensperger bittet in einer so dringenden Frage sich weder durch den Widerspruch des Bundesraths noch durch formale Gründe abhalten zu lassen, die Initiative zu ergreifen. Es liege, worüber fast alle Praktiker einig wären, ein unabweisbares Bedürfniß vor. Seit lange haben sich weite Volkskreise und ein großer Theil der Presse für die Wiedereinführung der Berufung ausgesprochen, und je mehr die Regierung zögere, um so nothwendiger sei es, daß der Reichstag endlich einen praktischen Anfang mache.

Badischer Bevollmächtigter Frhr. v. Marschall giebt die Erklärung ab, daß seine Regierung gegen die Wiedereinführung der Berufung sei. In Baden haben sich gerade die Praktiker dagegen, die Doktrinäre für die Berufung erklärt.

Abg. Dr. Hartmann (kons.) giebt zu, daß das Strafverfahren an mancherlei Mängeln leide. Die vorgeschlagene Wiedereinführung der Berufung sei aber ein unzureichender Nothbehelf, zu dem man nur im äußersten Falle greifen sollte. Die erste Instanz sei die Stelle, wo man bei einer Reform eingreifen müßte, hier müßten mehr Garantien geschaffen werden, um eine möglichst richtige Urtheilsfällung zu sichern. Bei einem Verfahren, das auf dem Prinzip der mündlichen unmittelbaren Beweisführung und der freien Beweiswürdigung aufgebaut ist, wird die Verhandlung der zweiten Instanz wegen der inzwischen verstrichenen Zeit nicht mehr ein so klares Bild von den Thatsachen liefern, der zweite Richter wird auch in vielen Fällen sagen müssen: non liquet. Die Wiedereinführung der Berufung würde die Verhandlungen erster Instanz zu einer Generalprobe herabdrücken. Dabei ist gar keine Gewähr dafür gegeben, daß der Richter zweiter Instanz höher qualifizirt ist als der Richter erster Instanz. Aus diesen Gründen müsse von dem Betreten des vom Abg. Reichensperger vorgeschlagenen Weges entschieden abgerathen werden.

Abg. Träger: Ich bedauere, daß bei einer Frage von so allgemeinem Interesse der Reichstag den Eindruck einer nicht einmal stark besuchten Generalversammlung von Einstedlern macht. (Heiterkeit.) Es ist nicht gut, die Behandlung dieser Frage lediglich den Juristen zu überlassen. Diese sind nicht immer die besten Gesetzgeber. In dieser Frage speziell tritt das juristische Interesse weit hinter dem allgemeinen zurück. Diese Agitation für die Berufung, die eigentlich nur in Preußen so energisch betrieben wird, ist als ein Symptom des im preußischen Volke wachgewordenen Mißtrauens gegen unsere Strafrechtspflege anzusehen. Ich glaube nun auch nicht, daß eine Besserung der zu Tage getretenen Mißstände durch die Berufung bei den Landgerichten möglich ist, möchte vielmehr auch lieber auf anderem Wege vorgehen. Vor allem lege ich Gewicht darauf, daß zu Kriminalrichtern nur die tüchtigsten und besten Kräfte bestellt werden. Der Herr Justizminister ist ja auch schon auf diesem Wege vorgegangen. Die Berufung selber aber möchte ich an die Oberlandesgerichte verweisen. Es kann doch im Publikum nur geringes Vertrauen erwecken, wenn die Berufung vor Berufungskammern bei demselben Gericht angebracht wird, wo die erste Verhandlung stattgefunden hat.

Staatssekretär v. Schelling bemerkt, daß die preußische Regierung im vorigen Jahre sich für Einführung von Berufungskammern bei der Berathung im Bundesrath erklärt habe. Er sei aber nicht in der Lage anzugeben, welchen Standpunkt Preußen heute in dieser Frage einnehme.

Abg. Buol (Centrum) tritt im wesentlichen den Ausführungen des Abg. Hartmann bei.

Abg. Pfafferott (Centrum) befürwortet dagegen den Antrag seines Fraktionsgenossen Reichensperger.

Abg. Veiel (nat.-lib.) glaubt nicht, daß die Berufung den zahlreichen Klagen über das jetzige Strafrechtsverfahren abhelfen würde.

Abg. Rintelen (Centr.) tritt für die Berufung ein.

Die Fortsetzung der Debatte wird darauf vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Tages-Ordnung: Petitionen, Wahlprüfungen, kleinere Vorlagen.

Schluß 4½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 27. Februar.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Am Ministertische: v. Puttkamer, v. Boetticher, v. Goßler, Dr. Friedberg.

Die Tribünen sind überfüllt.

Ein Schreiben des Ministerpräsidenten Fürst Bismarck meldet, daß derselbe durch Unwohlsein am Erscheinen verhindert sei.

Herr v. Tazanowski wird als neu eingetretenes Mitglied vereidigt.

Der Entwurf betr. die Aufhebung des Amtsgerichts zu Neustadt-Magdeburg wird in einmaliger Berathung debattelos erledigt.

Es folgt die Berathung des Antrags der Herren Dr. Dernburg, v. Kleist-Retzow und Gen.:

„In Erwägung, daß es dem preußischen Staate verfassungsmäßig obliegt, das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen der Monarchie zu verhindern,

und daß die Landesvertretung das Recht und die Pflicht hat, mit der kgl. Regierung bei Verfolgung dieses Zieles nachhaltig zusammenzuwirken,

zu erklären:

daß das Herrenhaus die Regierung dauernd bei ihrer Aufgabe den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in jenen Provinzen sicher zu stellen unterstützen wird."

Berichterstatter Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode begründet, dem Antrage unverändert die Zustimmung zu ertheilen.

Dagegen beantragen Fürst Ferd. Radziwill und Genossen (v. Koscielski, Graf Kwilecki, Graf Mielzynski, v. Slaski, Graf Skorzewski, v. Zoltowski):

„In Erwägung, daß der Antrag Dernburg und Gen. danach angethan ist, Mißhelligkeit und Zwiespalt unter den in den östlichen Provinzen der Monarchie zusammenlebenden Staatsangehörigen hervorzurufen, daß ferner der Antrag der Pflicht des Staates, alle Unterthanen ohne Unterschied der religiösen und sprachlichen Verschiedenheit in ihrer geistigen und materiellen Wohlfahrt gleichmäßig zu schützen, zuwiderläuft

über den Antrag Dernburg und Genossen zur Tagesordnung überzugehen."

Berichterstatter Graf Udo v. Stolberg-Wernigerode: Ich fasse den Antrag der Herren Dr. Dernburg und Genossen als eine Kritik des bekannten Reichstagsbeschlusses auf, sowie als eine Zustimmung zu dem Vorgehen der Regierung. Diese Kritik soll keine partikularistische Ueberhebung sein — diesen Vorwurf könnte man nur erheben, wenn es sich um ein preußisches Sonderinteresse handelte. Es handelt sich aber allein um ein deutsches Interesse. Damit das Reich zustande kommen könnte, hat Preußen viel von seinen Rechten aufgeben müssen — wir haben das gern gethan, aber es würde sehr bedauerlich sein, wenn wir diese opferwillige Hingabe von Rechten jemals würden zu bereuen haben. Soviel in betreff der Kritik des Reichstagsvotums. — Was nun die zweite Seite dieses Antrags betrifft, so geht er davon aus, daß das Polenthum in einer dem Deutschthum gefährlichen Weise angewachsen ist. Daß dies geschehen ist, dafür kann man die Regierung nicht von aller Schuld freisprechen. Sobald aber die Regierung anläßlich des vorjährigen Antrags auf Vermehrung der polnischen Volksschulen der Prüfung der Verhältnisse näher getreten ist, hat sie mit Entschiedenheit die nöthigen Maßregeln getroffen. Zunächst die vielbesprochenen Ausweisungen, auf deren Kritik ich nicht weiter eingehen will. Bemerken will ich nur, daß diese Maßregel weder eine antikatholische noch eine antisemitische, sondern eine rein nationale gewesen ist. Auch auf die weiteren Maßregeln, auf die sogen. Polenvorlagen will ich nicht eingehen, um mit den Debatten des anderen Hauses nicht zu kollidiren — nur sei hervorgehoben, daß ich den Hauptwerth auf Vermehrung der Schulen und Verstärkung der Garnisonen durch reindeutsche Soldaten lege. Unser Antrag kommt nicht post festum und ist nicht überflüssig; wir wollen der Regierung unsern Dank dafür bezeugen, daß sie nicht mehr wie früher, die Landtagsvorlagen erst in zweiter Linie an dieses Haus bringt, wir wollen bezeugen, daß wir eins sind mit der Regierung auch in dieser wichtigen Frage.

Herr Dr. Dernburg: Unser Antrag hat den Zweck, der Regierung die Zustimmung des Hauses auszusprechen zu den in der Thronrede in Aussicht gestellten Vorlagen. Daß derselbe nicht auf Zustimmung in allen Seiten des Hauses rechnen kann, ist nicht überraschend, aber zu weit gehen die Herren doch, die über unsern Antrag einfach zur Tagesordnung übergehen wollen. Eine Anzahl preußisch-polnischer Unterthanen verfolgt ein Ideal, daß sich nicht wird erfüllen lassen: die Wiederherstellung des polnischen Reiches von 1772. Diese Idee ist doch offenbar unrealisirbar. Diese Agitation aber für ein unerfüllbares Ideal regt die polnische Bevölkerung in hohem Maße auf und macht auch gleichzeitig die deutsche Bevölkerung mißtrauisch. Das Wort Friedrich Wilhelms IV.: „Polen, ihr habt ein Vaterland, es ist Preußen!" wird und muß einst in Erfüllung gehen, inzwischen aber müssen wir Schritte thun, um der polnischen Propaganda vorzubeugen. Die Regierung hat eine Anzahl von Maßregeln bereits vorgeschlagen. Erstlich die Kolonisation; ich hatte diese nicht für so schwierig und glaube, man wird in den Märkten ein geeignetes Material dazu finden. Die zweite große Maßregel verfolgt das hohe Ziel, daß jeder Pole deutsch sprechen soll. Wir wollen damit die Polen nicht ihrer Sprache, nicht ihrer Nationalität berauben, wir wollen nicht eine solche Germanisirung, die die Polen uns nur entfremden würde. Der Pole muß deutsch lernen, um an dem großen deutschen Arbeitsgebiet theilnehmen zu können. Gleichzeitig verlange ich aber auch, daß die deutschen Beamten, die dorthin gehen, auch polnisch sprechen, damit sie der Bevölkerung näher treten können. Dies können wir unsiomehr fordern, als wir eine Ueberfülle von Juristen besitzen — wenn wir den polnisch sprechenden Juristen gute Beamtenstellen in jenen Provinzen in Aussicht stellen, so werden wir auch für jene Bezirke gute, gebildete Verwaltungsbeamte erziehen können und so echt germanisirend wirken. Unrichtig ist der Einwurf der Polen, man wolle sie vernichten. Wie kann man uns zumuthen, daß wir unsere polnischen Landsleute vernichten wollen? Aber die Ehre unseres Staates verlangt, daß wir keine Antastung seiner Integrität zulassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen.

Fürst Ferd. Radziwill: Ich brauche kaum zu bemerken, daß wir mit unserem Antrage nicht verlangen, daß die Regierung auf die Theilnahme der Polen an der deutschen Kultur verzichten soll. Wir verkennen auch nicht die Berechtigung der Aufgabe, die die Regierung sich gestellt, indem sie die Polen der deutschen Schule und deutschen Sprache zuführen will. Aber diese so selbstverständlichen legitimen Aufgaben bedürfen doch nicht der feierlichen Verkündigung, wie sie in der Thronrede erfolgt ist, wie sie der Antrag Dernburg ausspricht. Ich möchte Sie davor warnen, mit bureaukratischen Mitteln von Ihrem doch beschränkten Standpunkte da einzugreifen, wo die Vorsehung ethnographische Grenzen gezogen hat. Die einfachen berechtigten Aufgaben der Regierung allein hätten nach meiner Meinung nicht den Anlaß geben dürfen zu diesem Antrage. Betrachten wir diesen Antrag im Lichte der Vorgänge, die zu dem Antrage Veranlassung gegeben haben. Dieser Antrag will die Zustimmung aussprechen für Maßregeln, die zu der schärfen Spannung zwischen den Deutschen und den Polen führen müssen, die den Polen den Rechtsboden entziehen und sie in Acht und Bann thun. Wenn der Vorredner sich auch wohlwollend geäußert hat, so dürfen wir uns doch über die Härte und den realen Effekt der Maßregel nicht täuschen. Aus diesem Grunde bitten wir Sie, jenen Maßregeln Ihre Zustimmung nicht im voraus zu geben und also über den Antrag der Herren Dr. Dernburg und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. Wir bestreiten die Richtigkeit der von der Regierung gegebenen statistischen Zahlen, wir bestreiten also auch die daraus gezogenen Folgen. Der Ministerpräsident hat von der Gefährlichkeit des polnischen Adels gesprochen und Minister Dr. Lucius hat wiederum behauptet, der polnische Großbesitz sei zurückgegangen. Wo bleibt denn nun also die petitio principii? In diesem Antrage Dernburg sehen wir dieselbe Armee, die den Kulturkampf geführt hat, gegen eine Nation vorgehen, die sich seit tausend Jahren auf eine feste Position gestellt hat. Dieses Vorgehen der Regierung aber wendet sich ab von allen konservativen Prinzipien und wendet sich sozialistischen Prinzipien zu. Der Herr Reichskanzler hat die Politik jüngst eine Kunst genannt — mir scheint, es reiht in diese Kunst jetzt ein Vandalismus ein, der mit rauher Hand alle bestehenden Gebilde zerstören will. Der Kolonisationsfonds räumt der Regierung übergroße Macht ein, sie kann nach freiem Ermessen dem einen Gelder gewähren, dem andern verweigern — so verstößt die Vorlage auch gegen die politische Moral. Die Regierung hat im Reichstage oft gesagt, im Deutschen Reiche giebt es nur Deutsche, bleibt uns fern mit euern polnischen Interessen. Zu dieser Erklärung aber konstruiren diese Vorlagen doch einen Gegensatz, indem sie den Deutschen die polnischen Unterthanen gegenüberstellen. Die Frage der Ausweisungen ist im Abgeordnetenhause vom Reichskanzler mit der Kriegsfackel beleuchtet worden, und das unter dem Beifall der Majorität. Der Reichskanzler hat dabei verschwiegen, daß, als er die Geschäfte übernahm, sich in der Meinung der polnischen Bevölkerung ein Umschwung vollzog, daß man begann, mit loyaler Erfüllung der Pflichten nach der Erhaltung der nationalen Güter zu streben, sich in Kunst und Wissenschaft zu bewähren. Und in dieser auf christlich konservativen Boden begonnenen und fortgesetzten Entwickelung wollen Sie uns jetzt stören durch Ihre Mißgunst. Wir haben in dem Kampfe um die Rechte der katholischen Kirche gestanden auf der Seite der deutschen Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht und wollen uns diesen Ehrenplatz nicht streitig machen lassen. Ich warne Sie, anders als mit konservativen Grundsätzen an diese Frage heranzutreten und deshalb bitte ich Sie, dem Antrage des Hrn. Dr. Dernburg nicht zuzustimmen.

Herr v. Bethmann-Hollweg: Ich bin der Meinung, daß es hohe Zeit für die Regierung war, die Ordnung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen zu beginnen, daß es auch an der Zeit war, diese Maßregeln feierlich zu verkünden. Ich hoffe, daß das Ziel, welches die Regierung sich gestellt, durch Energie erreicht werden wird. Es ist doch notorisch feststehend, daß die polnische Agitation die Grenzen von 1772 für Polen wieder herstellen will, die Bewegung ist also nicht nur eine nationale, sondern gleichzeitig eine territoriale. Dieses, sowie daß das polnische Element in den östlichen Provinzen Fortschritte gemacht hat, ist zweifellos. Als ich 1852 in die Provinz Posen kam, war das Verhältniß zwischen beiden Nationen noch ein ganz leidliches. Dies änderte sich aber im Jahre 1863, zur Zeit der Vorbereitungen zum polnischen Aufstande. Und bei diesem schlechten Verhältnisse ist es seitdem geblieben. Die deutschen Großgrundbesitzer lassen ihre Güter meist durch Verwalter verwalten oder verpachten die Güter — dies ist auch ein Grund dafür, daß die Hoffnungen auf ein Anwachsen der deutschen Bevölkerung sich nicht erfüllt haben. Hierzu kommen die wirthschaftlichen Zustände in Posen, fast durchweg herrscht die Latifundien-Wirthschaft vor. Das Anwachsen des polnischen Elements erklärt sich dann aus den häufigen Heirathen von Deutschen mit Polinnen — die Kinder werden dann stets Polen, polonisiren ihren Namen und so kommt es, daß eine Reihe früher deutscher Familien im zweiten Geschlechte polnisch werden. Noch schlimmer fast wirkt die unglückliche Verquickung der nationalen und konfessionellen Interessen. Daß das polnische Nationalgefühl jetzt stärker ist, als vor 30 Jahren, hat seinen Grund darin, daß die Polen, die die Bedrückung durch den polnischen Adel noch gekannt haben, allmälig ausgestorben sind, die jetzt lebenden Polen aber diese Schattenseiten nicht mehr kennen gelernt haben und daher der Agitation so leicht zugänglich sind. Als der Geistliche auf meinem Gute Se. Maj. den König in das Gebet mit einschloß, äußerten sich die Leute mißliebig darüber, der Geistliche könne kein rechter Pole sein. (Hört, hört!) Das ganze Auftreten der Polen erklärt sich nun daraus, daß sie sich als die herrschende Bevölkerung fühlen. Im übrigen haben wir über die polnische Bevölkerung nicht zu klagen, sie sind tüchtige Leute, wir haben nur zu wünschen daß sie auch gute Preußen werden. Geholfen werden kann durch Kolonisation, durch Verbesserung der Verkehrswege und namentlich durch Vermehrung der Kirchen. (Hört, hört!) Was die Schule betrifft, so würde sich die Weiterentwickelung der Simultanschulen empfehlen. (Bewegung.) Ich ziehe im allgemeinen ja auch konfessionelle Schulen vor, aber in Gegenden mit gemischter Bevölkerung empfehlen sie sich sehr, sie führen die Kinder verschiedener Bekenntnisse zusammen und lassen die Katholiken erkennen, daß auch die Evangelischen Christen sind, worum die Polen noch immer zweifeln. Welche Wege auch die Regierung einschlagen wird, sie möge sie mit Beharrlichkeit verfolgen. (Beifall.)

Herr v. Zoltowski: Der Antrag Dernburg kommt an uns in einem Augenblicke, da die Regierung sich bereits auf einem Wege befindet — wer kann wissen, zu welchen Ausnahmegesetzen die Regierung noch kommt. Wie kann die Regierung bei der gegenwärtigen Zeitströmung sich dem Glauben hingeben, durch Geringschätzung der feierlichsten Königlichen Zusagen das monarchische Prinzip kräftigen zu können? Wie kann die Regierung so gegen ein Volk vorgehen, dessen Künstler überall gesucht sind, dessen Literatur der aller Völker ebenbürtig ist, das in seiner Brust das stolze Bewußtsein trägt, Europa vor dem Islam gerettet zu haben? Ich hoffe, Sie werden den Antrag Dernburg ablehnen; sollte ich mich darin aber täuschen, so wird die Minorität sich mit dem Dichterworte trösten: Victrix diis placuit, sed victa Catoni!

Herr v. Kleist-Retzow: Unser Antrag nimmt den des Abgeordnetenhauses auf, aber er übt gleichzeitig eine Korrektur desselben aus, er bewilligt nicht einzelne Maßregeln, sondern nur den Schutz des Deutschthums. Wie können Sie denn dann behaupten, dieser Antrag bringe Zwiespalt zwischen beide Nationen? Sind wir schon soweit gekommen, daß wir nicht einmal mehr unsere Befriedigung aussprechen dürfen, wenn das Deutschthum geschützt wird? Sind wir denn Parias, daß wir nicht mehr Schutz für uns verlangen dürfen? Schutz gegen eine uns bedrohende Agitation? Das jetzige Verhältniß der polnischen Bevölkerung zur deutschen in den östlichen Provinzen, das im ganzen zusammenfällt mit dem der katholischen zur evangelischen, zeigt ein bedrohliches Anwachsen der polnischen Bevölkerung. Das führt dann naturgemäß zur Polonisirung der Schulen. Sehr bedrohlich ist auch der Zuwachs der Bevölkerung durch polnisch-jüdische Ueberläufer, die weder Handwerker noch Arbeiter sind und bald ihren Erwerb in großen Städten, in Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M. suchen und dort die jüdische Bevölkerung sehr hoch anschwellen lassen, so sehr, daß in diesen Städten der zweite oder dritte Ausländer ein russischer oder galizischer Jude. Will das sind gefährliche Momente. Wir müssen dagegen ankämpfen durch die Kolonisation und keine Nation ist eine mehr kolonisatorische, als die deutsche. Diese Kolonisation mit all den Vortheilen des Landerwerbes, die sie den Kolonisten gewährt, wird Widerstand leisten können gegen den Zug von Osten nach Westen, der der eine Grund ist für das Vordringen des Polenthums. Ein zweiter Grund für den Niedergang des Deutschthums aber ist der trostlose kirchliche Zustand in jenen Gegenden. Es mangelt an evangelischen Kirchen, die einzelnen Parochien sind überfüllt, die Parochialmitglieder und die Pfarrer müssen weite Wege zurücklegen, bis sie zu den Kirchen kommen, die Seelsorge liegt vollends brach. Das Deutschthum also, meine Herren, ist gefährdet — deshalb unser Antrag. Der Reichstag hat die Ausweisungs-Maßregeln-Stellung getadelt, die 1863 das Abgeordnetenhaus gegen die Regierung nahm. Damals und jetzt wieder sehen wir uns veranlaßt, durch unser Votum der Regierung zur Seite zu treten. Zum Glück war der Reichstag in dieser Frage nicht kompetent, sonst hätte die Regierung am Ende noch alle Ausweisungen zurücknehmen müssen. Daß die preußische Regierung die Kompetenz des Reichstages nicht anerkannt hat, dafür müssen wir ihr danken und deshalb unser Antrag. (Beifall.)

Bischof Kopp: Sie haben, meine Herren, ein Recht gerade von uns zu verlangen, daß wir jede Gelegenheit benutzen, der Vaterlandsliebe das Wort zu reden. (Beifall). Das Ziel, welches der Antrag erstrebt, ist auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Der Befürworter des Gegenantrags hat von der Wiederaufnahme des Kulturkampfes gesprochen. Ich habe die letzten 13 Jahre des Kampfes tief bedauert, im Interesse der Kirche und des Vaterlandes (Beifall); ich habe aber zu der Regierung das Vertrauen, daß sie bei dieser Frage nicht den Kulturkampf wird erneuern wollen. (Beifall.) Ich kann aber auch den Worten des Vorredners, der eine Protestantisirung jener Provinzen will, nicht zustimmen. — Die Maßregeln, die die Regierung einschlagen will, können nicht immer die des Friedens sein. Das Buch der Bücher spricht es aber aus, daß es an unseren Füßen nur Gefallen hat, wenn sie auf friedlichen Pfaden wandeln. Deshalb muß ich um Entschuldigung bitten, wenn ich heute zu diesem Antrage keine Stellung nehmen kann. Ich habe aber die Hoffnung, daß aus dem Zusammenwirken so erleuchteter Faktoren nichts hervorgehen wird, dem ich nicht zustimmen könnte. (Beifall.)

Herr Oberbürgermeister v. Winter: Aus meiner Kenntniß der Verhältnisse in jenen Provinzen muß ich es mit besonderem Danke begrüßen, daß die Regierung den Ostprovinzen jetzt ihre Fürsorge zu theil werden läßt und gut machen will, was in früheren Jahrzehnten versäumt worden ist. Nur muß man entschieden den Wunsch aussprechen, daß keine Maßregeln als drato getroffen werden. Vor allem darf man den Polen nicht zum Vorwurfe machen, daß sie ihr altes Vaterland lieben, ebensowenig, daß sie die Fehler der Verwaltung zu ihren Gunsten ausgenützt haben. Deshalb muß man friedlich vorgehen, ohne die Spannung zwischen Deutsch und Polnisch zu erhöhen. Ich werde für den Antrag Dernburg stimmen in der Meinung, daß derselbe nicht einen Angriff gegen das Polenthum, sondern eine Abwehr unberechtigter polnischer Tendenzen bedeuten soll.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Für den Gegenantrag des Fürsten Radziwill und Genossen erhält das Schlußwort

Herr v. Koscielski, welcher ausführt, daß die Reden der An-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860302029/fragment/page=0001

tragsteller ganz andere Tendenz gehabt hätten als die Maßregeln der Regierung. Erstere wollen nur Schutz für das Deutschthum, die Regierung aber die Vernichtung des Polenthums. Woher dieser Haß gegen das Polenthum? (Unruhe.) Hat man doch auch aus Hamburg und aus Berlin, wo doch wirklich eine Polonisirung nicht zu befürchten ist, Polen ausgewiesen! Dieser Haß ist hervorgegangen aus tendenziösen Berichten aus den polnischen Landestheilen: Ille fecit, cui prodest! Diese tendenziösen Berichte beeinflussen dann die Regierung gegen uns. Um übrigen werden unsere Landestheile als das Eldorado der Mittelmäßigkeit angesehen und diese mittelmäßigen Beamten sind das Sprachrohr, durch welches Berichte aus den östlichen Provinzen an die Regierung gelangen. Wären wir so, wie diese Berichte uns hinstellen, so wären wir ja reif gehängt zu werden. Man vergißt, daß Ausschreitungen, wenn sie wirklich vorgekommen, nur die Reaktion sind gegen die falschen und verstimmenden Maßregeln der Regierung. Thatsache ist, daß die Deutschen bei uns den Polen nicht hold sind, sie thun so, als ob wir ihnen im Wege stehen. Man beruft sich gegen uns immer auf das Jahr 1848 — glauben Sie, daß wir in vierzig Jahren nichts gelernt haben? Wir sitzen ruhig da, um zu arbeiten und abzuwarten (Heiterkeit), ja den Gedanken, daß wir noch einmal zu selbständigem Staatsleben werden auferstehen können, geben wir nicht auf (Heiterkeit), aber aus welchen Landestheilen das polnische Reich bestehen soll, darüber zerbricht sich Niemand bei uns den Kopf. (Heiterkeit.) Das Herrenhaus hat die Aufgabe, das Gewissen der Regierung zu sein. Sie sollten heute sagen, dieses Gewissen sträubt sich gegen Ausnahmemaßregeln! Handeln Sie gegen uns, wie Sie wünschen, daß Ihre Stammesgenossen in Siebenbürgen behandelt werden möchten.

Herr Dr. **Dernburg** erklärt gegenüber dem Vorredner, daß es unrichtig sei von der Unfähigkeit des Beamtenstandes zu sprechen. Nicht er und die Antragsteller wollten den Haß schüren, das sei vielmehr geschehen im Reichstage durch den Abg. Dr. v. Jazdzewski. Er wolle nicht die Polen bekämpfen, wohl aber der polnischen Agitation den Kopf zertreten.

Frhr. v. **Solemacher** erklärt namens mehrerer katholischer Mitglieder des Hauses, nach dem Beispiele des Bischof Kopp sich der Abstimmung enthalten zu wollen; dagegen werde er zu den einzelnen Polenvorlagen Stellung nehmen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters wird der Antrag des Fürsten **Radziwill** u. Gen. abgelehnt, der Antrag des Herrn Dr. **Dernberg** u. Gen. in namentlicher Abstimmung mit 108 gegen 13 Stimmen angenommen.

Es fehlen u. a. die Oberbürgermeister Dr. v. **Forckenbeck** und Dr. **Miquél**, mehrere Mitglieder des hohen rheinischen Adels; dagegen stimmt mit den Polen u. a. Graf v. d. **Schulenburg-Beetzendorff**.

Nachdem dann noch einige Wahlen für die statistische Central-Kommission, die Matrikel-Kommission und die Staats'schulden-Kommission vorgenommen, wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: unbestimmt.

Schluß 4¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 27. Februar.

Am Ministertische: v. **Maybach**.

Präsident von **Köller** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privateisenbahnunternehmungen.

Abg. **Jacobs** verwendet sich für die Herstellung einer Linie Meseritz-Landsberg.

Abg. **Lehmann** (Centr.) bedauert, daß die Rheinprovinz weder keine Berücksichtigung erfahren habe, und hofft, daß im nächsten Jahre den Bedürfnissen des Hunsrück und des Hochwalds Rechnung getragen werde.

Abg. Dr. **Meyer-Breslau** (freis.) weist auf einen Irrthum in der Vorlage hin und schließt daraus, daß dieselbe gründlicher Prüfung bedürfe. Er bittet um Auskunft über das Projekt Grünberg-Neustadt.

Abg. **Eberty** (freis.) befürwortet den Ausbau einer Linie Hirschberg-Landesgrenze.

Abg. **Olzem** (nl.) wünscht im Anschluß an die Rhein-Nahe-Bahn eine Verbindung des Nahegebiets mit der Pfalz.

Minister **Maybach** giebt eine Uebersicht dessen, was bisher für den Ausbau des Sekundärbahnnetzes aufgewendet worden, und sagt eingehende Prüfung der hier angeregten Projekte zu. Die Vorlage könne nicht allen wirthschaftlichen Bedürfnissen entsprechen; es müsse Rücksicht auf die Finanzen genommen und schrittweise vorgegangen werden.

Abg. zur **Nedden** (freikons.) plaidirt für eine Bahn im Westerwaldgebiet im Anschluß an die Linie Deutz-Gießen.

Abg. v. **Bismarck-Klatow** (freikons.) erinnert an die Wünsche, die er bereits früher in Bezug auf eine Linie von Nakel nach Westpreußen vorgetragen.

Abg. **Graf-Elberfeld** (nat.-lib.) wünscht, daß bei dem Bau der Linie Elberfeld-Kronenberg Hamerberg als Station berücksichtigt werde.

Abg. **Broekmann** (nat.-lib.) befürwortet eine weitere Erschließung des Eifelgebiets.

Abg. Dr. **Wehr** (freikons.) wünscht, daß Bahnhofsumbauten in das Ordinarium aufgenommen werden. Das jetzige Verfahren führe zu einer Verschleierung des Defizits. Er bedauert, daß der Osten wieder zu wenig berücksichtigt werde. Ostpreußen sei gar nicht, Westpreußen nur mit einer Kleinigkeit berücksichtigt. Auch die Tarifpolitik benachtheilige den Osten; der Osten habe deshalb von der Zollpolitik weniger Nutzen gehabt als der Westen. Der Westen handle selbstmörderisch, wenn er den Osten vernachlässige. Seit wann existire denn der wirthschaftliche Rückgang im Westen? Seitdem das große Hinterland im Osten seine Kaufkraft verloren habe. Die Kolonien könnten das Ablastgebiet im Osten nicht ersetzen. Er schreibe die Schuld an der Vernachlässigung des Ostens nicht dem Minister für Eisenbahnen zu. Vielleicht liege es auch daran, daß der Minister für Landwirthschaft die Verhältnisse im Osten nicht genug berücksichtigt. Die vom Abg. v. Bismarck befürwortete Linie Nakel-Polen sei ein dringendes Bedürfniß, besonders angesichts der in Aussicht genommenen Kolonisirung. Schaffe man nicht die erforderlichen Verkehrswege, so werde aus der ganzen Kolonisationsvorlage nichts.

Abg. Dr. **Möllmann** (nat.-lib.) wünscht Errichtung eines Central-Personenbahnhofs in Osnabrück.

Abg. **Schmidt-Stettin** (freis.): Der Minister habe in zwei Fällen bei Ausschreibungen ausländische Firmen bevorzugt, weil dieselben billigere Forderungen stellten. Er könne nur wünschen, daß auch künftig in derselben Weise verfahren werde. In Bezug auf die Einstellung der Bahnhofsumbauten in das Extraordinarium sei er mit Dr. Wehr einverstanden. Dagegen sei die Behauptung nicht richtig, daß den Osten vernachlässigt werde. Im Westen seien die Bahnen meist als Privatbahnen gebaut worden.

Abg. **Seyfarth-Rotenburg** (freikons.) verwendet sich für eine andere Tracirung der Linie Fulda-Tann.

Minister **Maybach** bestreitet, daß der Osten vernachlässigt worden. Der Osten habe Bahnen erhalten, die kaum die Betriebskosten deckten; es seien bei deren Anlage lediglich die wirthschaftlichen Interessen der betr. Landestheile maßgebend gewesen. Auch für die Zukunft werde sich die Regierung keiner Vernachlässigung des Ostens schuldig machen.

Abg. **Rumpff** (nat.-lib.) dankt der Regierung für Einstellung der Linien Elberfeld-Kronenberg und Wülfrath-Velbert in die Vorlage.

Abg. **Berger-Witten** (fraktionslos): Einen schärferen Angriff auf die Regierung und auf den Westen wie den des Abg. Dr. Wehr, habe er lange nicht gehört. Der Angriff sei ganz unberechtigt. Die Abgeordneten des Westens hätten den Osten nie um die Summen beneidet, die für ihn eingestellt wurden, denn man wisse im Westen sehr wohl, welchen Einfluß der Rückgang der Konsumfähigkeit des Ostens auf den Absatz der Industrie im Westen habe.

Abg. **Steinmann** (kons.) befürwortet getreunte Behandlung des Projekts Tilsit-Stallupönen von dem Projekt Tilsit-Ragnit.

Abg. **Bork** (nat.-lib.) tritt für eine andere Tracirung der Linie Sarnau-Frankenberg ein.

Abg. Dr. **Wehr** (freikons.) findet nicht, daß seine Behauptung, der Osten werde im Gegensatz zum Westen vernachlässigt, widerlegt sei. Er hoffe, daß die Regierung gerade infolge seiner Argumente sich noch veranlaßt fühlen werde, den Osten mehr zu berücksichtigen.

Abg. **Pleß** (Centr.) wendet sich gegen ein eventuelles Einziehen der Linie Opladen-Kalk.

Abg. v. **Schorlemer-Alst** (Centrum) wendet sich gegen die Aeußerungen des Abg. Dr. Wehr, der sich auf einen kleinlichen Standpunkt gestellt habe.

Abg. v. **Bethe** (kons.) wünscht Weiterführung der Linie Rogasen-Znowrazlaw.

Abg. **Jensch** (freis.) schließt sich dem Abg. Jacobs in Bezug auf die Herstellung einer Linie Meseritz-Landsberg an.

Abg. Dr. **Hunssen** (freikons.) tritt für die Ausführung der Linie Deutschenthal-Salzmünde ein.

Abg. v. **Rauchhaupt** (kons.) kann den Ausführungen des Abg. Dr. Wehr auch nur Widerspruch entgegensetzen. Von den Verstaatlichungen habe man mit Recht eine Beseitigung des Differentialtarifsystems erhofft, nun verlange Dr. Wehr die Rückkehr zu demselben.

Abg. Dr. **Wehr**: v. Schorlemer habe ihm Aeußerungen untergeschoben, die er gar nicht gethan; eine solche Kampfesweise streife baarscharf an Klopffechterei. Er habe den Westen gar nicht angegriffen.

Abg. v. **Strombeck** (Centr.) wünscht, daß auch beim Bau von Vollbahnen die Interessenten zu den Kosten herangezogen werden. Die Grunderwerbskosten der Sekundärbahnen, zu denen die Interessenten herangezogen würden, differirten sehr erheblich. Die Beitragspflicht der Interessenten bedürfe einer eingehenden Prüfung.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission zur Vorberathung verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag vormittag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Schluß gegen 3 Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz rc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

† **Nordhausen**, 26. Febr. Der heute erschienene Jahresbericht des Kriegervereinsbandes der Grafschaften Stolberg und Hohnstein für das Jahr 1885 giebt die Zahl der Vereine auf 39 an mit 72 Ehren- und 2102 ordentlichen Mitgliedern; die Zunahme im Jahre 1885 beträgt 4 Vereine mit 301 Mitgliedern. Im Jahre 1886 sind bereits wieder 5 Vereine mit 296 Mitgliedern zugetreten. Der Verband, unter dem Schutze des regierenden Grafen von Stolberg-Stolberg stehend, hat jetzt ein Baarvermögen von 7368 M. und ein Inventarvermögen von 4900 M. — Im April beginnen seitens des Generalstabes im Thüringerlande trigonometrische Messungen; auch soll ein Signal I. Ordnung auf dem Barbenberge bei Koburg ins Leben treten. — Am Ahrensberger Forsthause werden jetzt täglich nachmittags ca. 50 Hirsche gefüttert.

K **Erfurt**, 26. Febr. In heutiger Stadtverordnetensitzung trat der Magistrat der Versammlung wiederum mit einer Vorlage, betreffend die Unterstützung brotloser Arbeiter, näher. Vor einigen Tagen waren 1000 Mk. bewilligt worden. In den letzten Tagen waren nicht weniger als 135 Familienväter thätig, die Fortifikation am Johannisthore zu planiren. Der Tagelohn ist durchschnittlich 1,50 Mk. Es wird im Akkord gearbeitet. Da die Gesuche um Arbeit sich täglich mehren, so beantragte der Magistrat die bewilligte Summe von 1000 Mk. auf 4000 Mk. zu erhöhen. Ohne Gegenrede bewilligte die Versammlung in Anbetracht der herrschenden Noth, die Summe. In heutiger Strafkammersitzung wurde u. a. unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den des Diebstahls und der Majestätsbeleidigung angeklagten Handarbeiter Robert Arnold aus Tiefurt verhandelt. Das Urtheil lautete auf 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

G.— **Zörbig**, 26. Febr. Der hiesige Gewerbe-Vorschuß- Kassen-Verein, E. G., veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für 1885. Nach demselben betrug der Umsatz: 3,800,000 M. Unter den Passiva figuriren 240,467 58 M. Mitglieder-Guthaben (Grundkapital), 21,622.20 M. Reiservefonds und 1,362,823 M. aufgenommene Darlehen. Die Aktiva weisen u. a. nach: 682,423.95 M. ausgeliehene Vorschüsse, 596,037.35 M. Forderungen im Konto-Kurrent-Verkehr, 114,544.56 M. Wechsel, 171,172.58 M. Effekten, 69,000 M. Hypothekenforderungen, 21,000 M. Grundstückswerthe, 20,437.78 M. Kassenbestand. Der Reingewinn ist auf 19,618.20 M. berechnet. In der am 5. März stattfindenden General-Versammlung soll die Höhe der Dividende festgesetzt werden.

— In Nebro abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit Errichtung einer neuen Darlehnskasse und setzte einen Ausschuß ein, der unter Vorsitz des Hrn. v. Helldorf-Hingst die bezügl. Satzungen zu entwerfen hat rc. Die städtische Sparkasse sei, wurde ausgeführt, bei Ausleihung von Handdarlehnen zu engherzig. Die neue Kasse beabsichtigt die alljährliche Einschätzung eines jeden Mitgliedes, wie viel dasselbe „werth" sei. Genüge dem Betreffenden die abgeschätzte Summe nicht, alsdann müsse er entsprechende Sicherheit durch Bürgen rc. stellen. Außer dem Kassirer soll niemand vom Aufsichtspersonal honorirt werden.

L. **Friedrichroda**, 25. Febr. Die von ärztlichen Autoritäten angeregte und namentlich in Tirol durchgeführte Idee der sogen. Terrain-Kurorte (s. Gartenlaube, Jahrgang 1885, Seite 768) hat auch den hiesigen Bade-Ausschuß veranlaßt, der beregten Sache näher zu treten, da wohl kein klimatischer Kurort Thüringens sich besser zu derartigen Einrichtungen eignet als gerade Friedrichroda. Nicht nur die große Auzahl und Auswahl der herrlichen und wohlgepflegten Promenadenwege in nächster Nähe, sondern auch die mannichfaltigste Abwechselung in der geringeren oder größeren Steigung der Wege sind ganz besonders dazu geeignet. den betr. Patienten die schönste Auswahl zu gewähren. Sämmtliche Promenadenwege in der nächsten und weiteren Umgebung unserer Sommerfrische sind neu vermessen und jetzt sind Karten in Arbeit, welche die Auffindung der von dem betr. Aerzte vorgeschriebenen Wege bezüglich ihrer Steigung bedeutend erleichtern. Möge auch diese Einrichtung dazu beitragen, Friedrichroda zu den alten Freunden immer neue zu erwerben!

Φ **Leopoldshall**, 26. Febr. Beim Ausschachten im Garten des Gastwirths Pohlmann fand man heute wenige Fuß unter der Erde ein noch ziemlich gut erhaltenes Skelett. In dem Schädel befindet sich ein dreieckiges Loch. Nach Ansicht der Aerzte können diese menschlichen Ueberreste etwa 50—60 Jahre in der Erde gelegen haben. Die geringe Tiefe der Lagerung führt zu der Annahme, daß der Fund auf ein s. Z. verübtes Verbrechen zurückzuführen sei.

— Eine vor einigen Tagen im städtischen Schlachthause zu Koburg geschlachtete Kuh hatte — außer einer Partie Eisennägel — ein wohlerhaltenes Medaillon im Magen.

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	26. Febr.		27. Febr.	
Granulated	—	M.	—	M.
Krystallzucker I.	—	„	—	„
Krystallzucker II.	—	„	—	„
Kornzucker 96 %	22,80—23,30	„	22,80—23,30	„
Kornzucker 95 %	—	„	—	„
Kornz. Rend. 88 %	21,30—21,90	„	21,30—21,90	„
Nachprod. 88-92 %	—	„	—	„
do. Rend. 75 °	18,50—19,30	„	18,50—19,30	„

Tendenz am 27. Febr.: Gut Bedauptet.

	26. Febr.		27. Febr.	
fein Brodrafinade	—	M.	—	M.
fein Brodrafinade	—	„	—	„
Brod-Melis	—	„	—	„
Gem. Rafinade	26,25—27,25	„	26,25—27,25	„
Gem. Melis I.	25,75	„	25,75—26,00	„

Tendenz am 27. Febr.: Gut Bedauptet.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Paris**, 27. Febr. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco 33,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Febr. Febr. 39,50, pr. März 39,60, pr. Mai-Juni 40,10, pr. Mai-Aug. 40,80.

* **London**, 27. Febr. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 14 nom. Rüben-Rohzucker 13 bez. ruhig.

* **Antwerpen**, 26. Febr. (Telegr.) Rübenzucker. Sofort 31,50 Frcs., März 31,50 Frcs., April-Mai 32,20 Frcs., Okt.-Dez. 31,00 Frcs.

* **New-York**, 27. Febr. (Telegr.) Fair refining Muscovades 5,05.

Kaffee.

* **Hamburg**, 27. Febr. (Telegr.) Kaffee ruhig, Umsatz 2500 Sack.

* **New-York**, 27. Febr. (Telegr.) (Fair Rio-) 9,20.

Petroleum.

* **Berlin**, 27. Febr. (Amtl. Festst.) (Raffinirtes Standard white) per 100 kg m. Faß in Posen von 100 Ctr. Term. frill. Gel. 2500 Ctr. Kündigungspr. 23,8 M. Loco — M., Durchschnittspr. 23,8 M., per diesen Mon. 23,8 b. — M., per Febr.-März —,— M., per März-April —,— M., per April-Mai —,— M., per Mai-Juni —,— M., per Juni-Juli —,— M., per Juli-Aug. —,— M., per Aug.-Sept. —,— M.

* **Stettin**, 27. Febr. (Telegr.) Petroleum loco versteuert, Usance 1½% Tara 12,15 M.

* **Bremen**, 27. Febr. (Telegr.) (Schlußbericht.) Standard white loco 6,85 Br. Ruhig.

* **Hamburg**, 27. Febr. (Telegr.) Ruhig. Standard white loco 7,35 Br., 7,25 Gd., pr. Febr. 7,20 Gd., pr. Aug.-Dez. 7,20 Gd.

* **Antwerpen**, 27. Febr. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirt, Type weiß, loco 18½ bez., 18¾ Br., pr. März 17½ bez., —,— Br., pr. April 17 bez., —,— Br., pr. Sept.-Dez. 18 bez., —,— Br. Ruhig.

* **New-York**, 26. Febr. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7⅛ Gd., do. do. in Philadelphia 7⅛ Gd., rohes Petroleum in New-York 6⅛, do. Pipe line Certificates — D. 75½ C.

Spiritus.

* **Berlin**, 27. Febr. (Amtl. Festst.) Spiritus pr. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10,000 Proz. Termine still. Gel. 40000 L. Kündigungspr. 38,2 M. Durchschnittspr. 38,2 M. loco mit Faß — M., per diesen Mon. 38,2 bis — bis — bez., per März — bis — bez., per April — bis — bez., per Mai — bis — bez., per Febr.-März 38,2 bis 38,1 bis — bez., per März-April 38,2 bis 38,1 bez., per April-Mai 38,3 bis — bis — bez., per Mai-Juni 38,6 bis — bis — bez., per Juni-Juli 39,4 bis — bis — bez., per Juli-Aug. 40,3 bis — bis — bez., per Aug.-Sept. 40,9 bis — bis — bez., per Sept.-Okt. — bis — bis — bez., per Okt.-Nov. — bis — bis — bez. — Spiritus per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10,000 Proz. loco ohne Faß 37,1 bis — bis — bez., ab Speicher — bis — bez., per Febr.-März — bis — bez.

* **Magdeburg**, 27. Febr. Kartoffelspiritus für 10,000 Liter-Proz. loco ohne Faß 36,70—37,20 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* **Magdeburg**, 27. Febr. **Hermann Walther.** (Wochenbericht.) Obgleich die Nachfrage für Spiritus ziemlich rege war, ist doch die Stimmung eine lustlose geworden und haben sich die Preise nur schwach behaupten können. Besser wird die billige Steuerfrage ihre Erledigung findet, ist wohl kaum auf eine durchgreifende Aenderung zu rechnen. Die Brennereicampagne ist bereits schwächer geworden und wird vom nächsten Monat ab weiter abnehmen, weil die Preise zu unlohnend sind. Wir werden dann mehr wie je auf Zufuhr aus dem Osten angewiesen sein, da auch der Schluß der nur noch schwach arbeitenden Melassebrennereien nur noch eine Frage der Zeit ist. — Kartoffelspiritus loco ist sehr gut zu kaufen, amtlich notirt von 36,30—37,40 M.; ab Speicher oder Bahn wurde bei freier Vorhaltung der Gebinde 1 M. mehr gefordert. Termine geschäftslos. — Rübenspiritus war im schwachen Verkehr und ergiebt anlockende die Preise, welche für Kartoffelspiritus notirt wurden.

* **Leipzig**, 27. Febr. Per 10,000 Ltr.-Proz. ohne Faß loco 37,20 M. Gd. Niedriger.

* **Breslau**, 27. Febr. (Telegr.) Pr. 100 Ltr. 100 Proz. pr. Febr. 35,00, pr. April-Mai 36,30, pr. Juli-Aug. 39,60.

* **Stettin**, 27. Febr. (Telegr.) Geschäftsl, loco 36,00, pr. April-Mai 36,50 pr. Juni-Juli 38,60, pr. Juli-Aug. 39,30.

* **Posen**, 27. Febr. (Telegr.) Loco ohne Faß 34,10, pr. Febr. 34,90, pr. pr. April-Mai 36,30, pr. Juni 37,30, pr. Juli 38,00, pr. Aug. 38,60. Gel. 10000 Liter. Matter.

* **Hamburg**, 27. Febr. (Telegr.) Matter, pr. Febr. 26¼ Br., pr. April-Mai 26¼ Br., pr. Juli-Aug. 28 Br., pr. Aug.-Sept 29 Br.

* **Paris**, 27. Febr. (Telegr.) Fest, pr. Febr. 47,75, pr. März 47,75 pr. März-April 48,50, pr. Mai-August 48,50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* **Berlin**, 27. Febr. (Amtl. Festst.) Oelsaaten pr. 100 kg. Gekündigt. — Ctr. Winterraps — M., Sommerrüben —,— M., Winterrübsen —,— M., Sommerrübsen —,— M. Rüböl pr. 100 kg mit Faß. Termine behauptet. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Faß —,— M., ohne Faß — M., per diesen Monat 43,4 bis — bis — M., Durchschnittspr. 44,2 M., per Febr.-März — bis — —,— M., per März-April —,— M., per April-Mai 43,3 bis — M. bez., per Mai-Juni 44,5 bis — M., per Juni-Juli — bis — M., per Juli-Aug. —,— M., per Aug.-Sept. —,— M., per Sept.-Okt. 46,0 M., per Okt.-Nov. —,— M. — Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* **Leipzig** 27. Febr Rüböl, flüssiges, per 100 kg netto loco 43,00 M. bez., gereinigtes — M. bez., per Jan.-Febr. —,— bez. Fest und höher.

* **Stettin**, 27. Febr. (Telegr.) Rüböl behauptet, pr. April-Mai 44,00 M., pr. Sept.-Okt. 45,50 M.

* **Köln**, 27. Febr. (Telegr.) Rüböl loco 24,10 M., pr. Mai 24,00 M., pr. Okt. 24,90 M.

* **Breslau**, 27. Febr. (Telegr.) Rüböl pr. Febr. 45,00 M., pr. April-Mai 45,50, pr. Sept.-Okt. —,— M.

* **Hamburg**, 27. Febr. (Telegr.) Rüböl still, loco 43½, pr. Febr. —,— M.

* **Paris**, 27. Febr. (Telegr.) Rüböl ruhig, pr. Febr. 55,25, pr. März 55,25, pr. März-Juni 56,00, pr. Mai-Aug. 57,25 f.

* **Petersburg**, 27. Febr. (Telegr.) Talg loco 45,50, pr. Aug. 45,50. Leinsaat loco 17,50.

* **Amsterdam**, 27. Febr. (Telegr.) Raps pr. Herbst —,— Fl. Rüböl loco 25, pr. Mai 24¾, pr. Herbst 25¾.

* **New-York**, 27. Febr. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 6,80, do. Fairbanks 6,50, do. Rohe & Brothers 6,60.

Mehl.

* **Berlin**, 27. Febr. Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,25, Nr. 0 20,25—19,25. — Roggenmehl Nr. 0 19,75—18,75, Nr. 0 und 1 18,50—17,25, per 100 kg brutto incl. Sack. Feine Marken über Notiz bezahlt. In beiden Sorten besser Begehr.

* **Berlin**, 27. Febr. (Amtl. Festst.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 kg unverheuert incl. Sac. Matter. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis —,— M., Durchschnittspr. 18,40 M., pr. diesen Mon. 18,40 bis — bez., per Febr.-März 18,40 bis bez., per März-April —,— bis —,— bez., per April-Mai 18,50 bis —,— bez., per Mai-Juni 18,60 bis —,— bez., per Juni-Juli 18,70 bis —,— bez., per Juli-Aug. —,— bis —,— bez., per Aug.-Sept. — bez.

* **Paris**, 27. Febr. (Telegr.) Mehl 12 Marques behauptet, pr. Febr. 46,50, pr. März 47,25, pr. März-Juni 47,75, pr. Mai-Aug. 48,80 f.

* **London**, 27. Febr. (Telegr.) Stetig.

* **Liverpool**, 27. Febr. (Telegr.) Mehl stetig.

* **New-York**, 27. Febr. (Telegr.) Mehl 3 D 25 C. im Faß (100 Pfd.)

Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Febr.

Berlin, 26. Febr.

Aktiva:

1)	Metallbest. (der Bestand an fursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausl. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M.	704,289,000 Zun. 11,679,000
2)	Best. an Reichskassenscheinen	„	21,726,000 Abn. 571,000
3)	do. an Noten anderer Banken	„	10,936,000 Abn. 2,423,000
4)	do. an Wechseln	„	343,796,000 Abn. 4,932,000
5)	do. an Lombardforderungen	„	37,232,000 Abn. 1,797,000
6)	do. an Effekten	„	21,127,000 Abn. 6,359,000
7)	do. an sonstigen Aktiven	„	26,144,000 Abn. 205,000

Passiva:

8)	das Grundkapital	M.	120,000,000 unverändert
9)	der Reservefonds	„	21,356,000 unverändert
10)	der Betrag der uml. Noten	„	679,963,000 Abn. 12,017,000
11)	die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	„	332,077,000 Zun. 6,786,000
12)	die sonstigen Passiven	„	200,000 Zun. 27,000

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18860302029/fragment/page=0002